

Jihočeská univerzita
Pedagogická fakulta
Katedra germanistiky

BAKALÁŘSKÁ PRÁCE

Téma: *Mitgliedschaft Deutschlands in internationalen
Organisationen*
(The Membership of Germany in international
organizations)

Berta Pavelcová

3. ročník ANHS

Vedoucí práce: Mgr. Jana Kusová, Ph.D.

České Budějovice, den 24. 4. 2008

Místopřísežné prohlášení

Prohlašuji, že v souladu s § 47b zákona č. 111/1998 Sb. v platném znění souhlasím se zveřejněním své bakalářské práce, a to v nezkrácené podobě elektronickou cestou ve veřejně přístupné části databáze STAG provozované Jihočeskou univerzitou v Českých Budějovicích na jejích internetových stránkách.

24. 4. 2008 v Českých Budějovicích

Berta Pavelcová

Abstract

This work should demonstrate Germany as one of the meaningful country in the world. The first chapter describes the political and economic importance of Germany from several points of view like its infrastructure, economy and foreign policy. The next chapters are concentrated on the role of Germany in political and economic organisations (EU, UN, WTO, OECD, G-8) and they try to short explain how these organisations are set up, how they make decisions and their contribution to the wealth worldwide. The last chapter brings near German military operations and humanitarian aid. This chapter also demonstrates that military engagement is for the Germans still a controversial and interesting subject.

Anotace

Tato práce by měla ukázat Německo jako jeden z nejvýznamnějších států světa. První kapitola popisuje politický a ekonomický význam Německa z několika úhlů pohledu jako jsou jeho infrastruktura, ekonomika a zahraniční politika.

Následující kapitoly se soustředí na roli Německa v politických a ekonomických organizacích (EU, OSN, WTO, OECD, G-8) a pokoušejí se krátce vysvětlit, jak jsou tyto organizace strukturovány, jak vytváří rozhodnutí a jejich přínos k celosvětovému blahobytu. Poslední kapitola přibližuje německé vojenské operace a humanitární pomoc. Tato kapitola také ukazuje, že vojenské zásahy jsou pro Němce stále kontroverzním a zajímavým tématem.

Inhaltsverzeichnis

1. EINLEITUNG	S. 5
2. DEUTSCHLAND ALS BEDEUTENDES INDUSTRIELAND	
2.1. Die Infrastruktur	S. 7
2.2. Das Wirtschaftssystem	S. 9
2.3. Die Außenpolitik	S. 12
3. MITGLIEDSCHAFT DEUTSCHLANDS IN INTERNATIONALEN ORGANISATIONEN	
3.1. Mitgliedschaft Deutschlands in den Vereinten Nationen	
3.1.1. Der Weg der beiden deutschen Staaten in die VN	S. 13
3.1.2. Die Mitgliedschaft der beiden deutschen Staaten in den VN	S. 15
3.1.3. Die Rolle der beiden deutschen Staaten in den VN	S. 16
3.1.4. Die Wiedervereinigte Bundesrepublik in den VN	S. 17
3.2. Mitgliedschaft Deutschlands in der Europäischen Union	
3.2.1. Das Europäische Parlament	S. 19
3.2.2. Der Rat der EU	S. 21
3.2.3. Die Europäische Kommission	S. 23
3.2.4. Die Wirtschaftsdaten	S. 23
3.2.5. Die gemeinsame Währung Euro	S. 24
3.3. Mitgliedschaft Deutschlands in der Welthandelsorganisation	
3.3.1. Die Mitglieder	S. 25
3.3.2. Die Struktur	S. 27
3.3.3. Die Aufgaben und ihre Erfüllung	S. 29
3.4. Mitgliedschaft Deutschlands in der OECD	
3.4.1. Die Ziele und die Arbeit	S. 30
3.4.2. Der Aufbau und das Entscheidungstreffen	S. 30
3.4.3. Die Finanzierung	S. 31
3.5. Mitgliedschaft Deutschlands in der G-8	
3.5.1. Die Mitglieder	S. 32
3.5.2. Die Arbeit der Gruppe	S. 33
4. DEUTSCHLAND ALS „PEACE-MAKING“ STAAT	
4.1. Die Übersicht	S. 34
4.2. Die deutsche Humanitärhilfe	S. 36
4.3. Der deutsche Militäreinsatz im ehemaligen Jugoslawien	S. 38
5. SCHLUSS	S. 40
6. RESUMÉ	S. 42
7. QUELLEN	S. 45
8. ANLAGEN	
8.1. Die 50 größten Industrie-Firmen in der BRD	S. 46
8.2. Die Mitgliedschaft Deutschlands in anderen Organisationen	S. 48
8.3. Der Anteil am Weltexport nach den Regionen	S. 49
8.4. Die Entwicklung des Euro-Dollar Kurses	S. 50

1. EINLEITUNG

Dieses Thema ist aus zwei Gründen interessant.

Die Bundesrepublik Deutschland ist unser Nachbarstaat mit der längsten Grenze und die beiden Länder verbindet lange gemeinsame Geschichte, obwohl sie nicht immer so freundlich wie heute war. Deutschland ist auch Spitzenreiter unter den tschechischen Außenhandelspartnern, sowohl auf der Ausfuhrseite, als auch auf der Einfuhrseite.

In der gegenwärtigen globalisierten Welt ist es schwierig, allein zu bleiben und die anderen zu meiden. Die meisten Länder sind Mitglieder von mindestens einer internationalen Organisation, die regional oder sogar global ist. Mit diesem Thema treffen wir uns auch in unserem Alltag. Aus dem Fernsehen hört man oft Abkürzungen verschiedener Organisationen, in den Zeitungen liest man über Proteste gegen eine Gemeinschaft und auch in der Schule gehören Kenntnisse der internationalen Bündnisse zum Lehrplan.

Trotzdem kann man das Thema erweitern. Zuerst konzentriert man sich mehr auf die Rolle der BRD. Das heißt wie viele Stimmen oder Sitze gerade Deutschland in einer Organisation hat, mit welcher Summe es die Organisation unterstützt und ob Deutschland einige Vorteile oder Nachteile aus der Mitgliedschaft hat. Dann folgen Auskünfte nicht nur über eine Organisation, sondern auch über die bekanntesten und wichtigsten Gemeinschaften.

Was die Quellen betrifft, kann man viele und viele Auskünfte finden. Da man die aktuellste Lage beschreiben soll, wird man vielleicht mehr im Internet suchen, als in den Büchern in der Bibliothek, in denen man eher allgemeine veraltete Auskünfte finden kann.

Das Problem wird auch sein, aus so vielen Auskünften, nur die nötigen zu finden. Das Ziel wird sicher nicht sein, nur die blinde Beschreibung der Struktur der Organisationen zu schaffen, sondern diese über neue, interessante und wichtige Auskünfte zu bereichern.

Es wäre auch interessant zu erfahren, welche Rolle Deutschland in den Organisationen spielt, ob seine Stimme großes Gewicht hat, ob es nicht nur an der dritten Stelle hinter Frankreich und Großbritannien in der Europäischen Union steht. Man weißt auch, dass Mitgliedschaft in einigen Organisationen mit seiner hohen Wirtschaftsleistung bedingt wird und deshalb würde man gern feststellen,

wie sich die deutsche Wirtschaft in den letzten Jahren entwickelte und vor allem ihre jetzige Lage. Es ist auch interessant, auf welcher Position sich Deutschland in der Welt bewegt, ob es ein gleichwertiger Partner der Vereinigten Staaten von Amerika, China oder Japan ist.

Am Ende erwägt man ein Kapitel über deutsche Militäreinsätze einzuordnen. Einerseits hat dieses Thema sehr nah zum Thema der ganzen Arbeit, weil ein Einsatz der deutschen Bundeswehr im Ausland nur unter der Führung einer internationalen Organisation (VN oder NATO) möglich ist und andererseits interessiert das Thema auch die ganze deutsche Gesellschaft, die die ausländischen Bundeswehreinsätze für sehr kontrovers hält.

2. DEUTSCHLAND ALS BEDEUTENDES INDUSTRIELAND

Die BRD hat sich seit der Nachkriegszeit zu einem führenden Industrieland entwickelt. Doch wer glaubte, dass ein von dem Krieg total zerstörtes Land einmal ein modernes Land mit einer der besten Infrastrukturen der Welt ist. Deutschland setzt sein Wirtschaftswunder fort.

In diesem Kapitel werden die Gründe angeführt, die die BRD auf Position einer der Weltmächte hinführten.

2.1. Die Infrastruktur

HÄFEN

Die BRD hat einen Zugang zum Meer (an die Nordsee und an die Ostsee) und verfügt über große Häfen von internationaler Bedeutung. Hamburg ist die zweitgrößte deutsche Stadt, der wichtigste Seehafen Deutschlands und ihr größter Außenhandelsplatz. Insgesamt gibt es hier über 3000 Firmen, die im Import- und Exportgeschäft tätig sind. Dutzende davon stammen auch aus China, Japan, Taiwan und Hongkong. Im Containerumschlag steht Hamburg nach Rotterdam auf Platz zwei in Europa.

Mehr als 10 000 Schiffe verbinden bremische Häfen mit rund 1000 Häfen in aller Welt. Bremerhaven ist mit einem Umschlag von 830 000 Fahrzeugen der bedeutendste Autoverladenplatz Europas.

Die anderen großen Seehäfen sind Wilhelmshaven, Lübeck und Rostock. Die deutsche Handelsflotte zählte 749 Schiffe mit Bruttoreumzahl von 5,74 Millionen.¹

FLUGHÄFEN

Der größte Flughafen ist Frankfurt/Main, er ist auch der wichtigste in Europa. Weitere internationale Flughäfen sind Berlin-Tempelhof, Berlin-Tegel, Berlin-Schönefeld, Bremen, Düsseldorf, Dresden, Erfurt, Hamburg, Hannover, Köln/Bonn, Leipzig, München, Münster/Osnabrück, Nürnberg, Saarbrücken und Stuttgart.² Die deutsche Lufthansa gehört zu den bedeutendsten internationalen Fluggesellschaften.

¹ <http://de.wikipedia.org/wiki/Seehafen#Deutsche_Seeh.C3.A4fen>.

² Knippert, U. und Kol. *Alexander Gesamtausgabe*. Perthes Verlag. Gotha 2004. S. 185.

Gemessen am Passagieraufkommen ist er, nach dem britischen Heathrow Airport und französischen Charles de Gaulle Aéroport, der drittgrößte Flughafen in Europa (mit 54 Mio. Passagieren pro Jahr) und der achtgrößte im weltweiten Vergleich, außerdem hat er das größte Frachtaufkommen (mit über 2 Mio. Tonnen) aller europäischen Flughäfen.

INLÄNDISCHE VERKEHRSWEGE

Schiffbare Flüsse in Deutschland bilden bedeutende Verkehrswege. Das Land verfügt über ein Netz von Wasserstraßen mit einer Länge von rund 7350 km. Die wichtigste Wasserstraße ist der Rhein, wo vor allem Mineralölerzeugnisse, Erze, Metallabfälle und Kohle transportiert werden.

Das Straßennetz für den überörtlichen Verkehr hat eine Länge von rund 232 000 km (2006), davon sind mehr als 12 531 km Autobahnen. Damit hat Deutschland nach den USA das längste Autobahnnetz der Welt.³

³ <<http://de.wikipedia.org/wiki/Deutschland#Verkehr>>.

2.2. Das Wirtschaftssystem

WICHTIGE FIRMEN

Hoechst, Siemens, Daimler, Porsche, VW, Bosch, genauso wie das größte Chemiewerk Europas die Badische Anilin- und Soda-Fabrik (BASF) in Ludwigshafen und viele andere sind weltbekannte deutsche Firmen (viz. Anlage Nr.1).

WIRTSCHAFTSPOLITIK

Die Bundesrepublik Deutschland gehört zu den international führenden Industrieländern und ist nach den USA und Japan die drittgrößte Volkswirtschaft. Mit 82,3 Millionen Einwohnern⁴ ist Deutschland auch der größte und wichtigste Markt in der Europäischen Union (EU).

Im Jahr 2007 wurde in Deutschland ein Bruttoinlandsprodukt (BIP) von 2 423 Milliarden Euro erwirtschaftet,⁵ was einer Summe von 26 856 Euro pro Kopf entspricht. Diese Leistung beruht vor allem auf dem Außenhandel. Mit einem Exportvolumen von 969 Milliarden Euro (2007), einem Drittel des Bruttosozialprodukts, ist Deutschland weltweit der größte Exporteur von Gütern und gilt deshalb als „Exportweltmeister“.⁶

Motor des Außenhandels ist vor allem die Industrie, deren Anteil an den Gesamtausfuhren bei rund 84 Prozent liegt (2006). Damit ist Deutschland wie kaum ein anderes Land wirtschaftlich global ausgerichtet.⁷

Die Arbeitslosenquote betrug 2007 im Westen 7 Prozent und in den fünf ostdeutschen Bundesländern 14,8 Prozent.⁸

⁴ <<http://www.deutschland.de/home.php?lang=1&>>.

⁵ <<http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Statistiken/VolkswirtschaftlicheGesamtrechnungen/Inlandsprodukt/Tabellen/Content75/Gesamtwirtschaft.templateId=renderPrint.psml>>.

⁶ <<http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Statistiken/Aussenhandel/Aktuell.templateId=renderPrint.psml>>.

⁷ <<http://www.bmwi.de/BMWi/Navigation/Aussenwirtschaft/aussenhandelsdaten.did=193948.html>>.

⁸ <<http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Statistiken/Zeitreihen/WirtschaftAktuell/Arbeitsmarkt/TabelleneubersichtArbeitsmarkt.templateId=renderPrint.psml>>.

IMPORT, EXPORT

Die Ausfuhren stiegen auf 969 Mrd. Euro und die Einfuhren auf 772,5 Mrd. Euro im Jahre 2007. Damit übertrafen die Ausfuhren um 8,5 Prozent und die Einfuhren um 5,2 Prozent den entsprechenden Vorjahreswert. Damit erreichten die Ausfuhren genauso wie die Einfuhren den höchsten Wert in der Geschichte.

Die Außenhandelsbilanz schloss damit im Jahr 2007 mit einem Überschuss von 196,5 Mrd. Euro. Das ist der höchste positive Saldo, der jemals in der deutschen Handelsbilanz erreicht wurde.⁹

Im Vergleich zu 1996 hat sich das deutsche Handelsvolumen im Jahr 2006 mehr als verdoppelt, Importe haben um 107 % zugenommen und die Ausfuhren um 122 %. Es gelang Deutschland im Jahr 2006 erneut, die Spitzenposition des weltweiten Warenexports einzunehmen.

Deutschland hatte 2006 einen Anteil von 9,4 % am gesamten Weltausfuhrvolumen, der Anteil der USA betrug 8,6 % und China hatte einen Anteil von 8,1 %. Anders sieht es bei den Importen aus. Hier liegen die USA mit einem Anteil von 15,7 % an erster Stelle, gefolgt von Deutschland mit einem Anteil von 7,5 % und China mit 6,5 %.¹⁰

An der Spitze der Ausfuhrüter standen 2007 Kraftfahrzeuge, Maschinen, chemische Erzeugnisse und elektrotechnische Erzeugnisse.¹¹

In die EU gingen 2007 65 Prozent der deutschen Ausfuhren,¹² 57,6 Prozent der deutschen Einfuhren kamen aus dieser Region. Deutschlands wichtigster Handelspartner ist nach wie vor Frankreich. Die USA haben sich nach Frankreich und vor Großbritannien zum zweitgrößten Absatzmarkt entwickelt. Auf der Einfuhrseite lagen die USA auf Platz vier nach Frankreich, den Niederlanden und China.¹³

Besonders hervorzuheben ist der Handel mit Polen, der Tschechischen Republik und Ungarn. Der Umsatz jedes dieser drei Länder mit Deutschland

⁹ <<http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Statistiken/Aussenhandel/Aktuell.templateId=renderPrint.psm1>>.

¹⁰ <<http://www.bmwi.de/BMWi/Navigation/Aussenwirtschaft/aussenhandelsdaten.html>>.

¹¹ <<http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Navigation/Statistiken/Aussenhandel/Handelswaren/Handelswaren.psm1>>.

¹² <<http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Navigation/Statistiken/Aussenhandel/Handelspartner/Handelspartner.psm1>>.

¹³ <<http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Navigation/Statistiken/Aussenhandel/Handelspartner/Handelspartner.psm1>>.

übertrifft bereits den Außenhandel mit den "alten" EU-Ländern Schweden, Dänemark, Irland und Finnland. Mit der Slowakei findet inzwischen ein größerer Warenaustausch statt als mit den langjährigen EU-Mitgliedern Griechenland und Portugal.¹⁴

AUTOMOBILINDUSTRIE

Zu den bedeutenden Branchen in Deutschland gehört der Automobilbau. Jeder siebte Arbeitnehmer arbeitet hier. Nach den Vereinigten Staaten und Japan ist Deutschland der drittgrößte Automobilproduzent der Welt. Rund sechs Millionen Automobile laufen jährlich in Deutschland vom Band.¹⁵

Mit 99,399 Milliarden Euro Umsatz im Jahre 2007 ist Daimler weltweit der drittgrößte Autobauer. Der Sitz und die wichtigsten Werke von Daimler sind in Stuttgart, wo auch Porsche zu Hause ist. Erfolgreich operiert auch Volkswagen mit Stammwerk in Wolfsburg. Zur Spitzengruppe der deutschen Automobilbauer gehört außerdem auch BMW in München.¹⁶

¹⁴ <<http://www.bmwi.de/BMWi/Navigation/aussenwirtschaft.did=5688.html>>.

¹⁵ <<http://www.bmwi.de/BMWi/Navigation/Wirtschaft/branchenfokus.did=195924.html>>.

¹⁶ <http://de.wikipedia.org/wiki/Daimler_AG>.

2.3. Die Außenpolitik

Grünzüge deutscher Außenpolitik

Nach dem Umbruch von 1989/1990 befindet sich Deutschland außenpolitisch in einer ganz veränderten Lage. Nicht mehr Westen gegen Osten. Sondern alle bemühen sich zusammen zu leben. Das vereinte Deutschland inmitten Europas profitiert als Exportnation in besonderem Maße von diesen neuen Chancen. Wir können sechs deutsche außenpolitische Grundziele nennen:

- die Fortführung des europäischen Einigungsprozesses
- die Weiterentwicklung der NATO
- die Stabilisierung und Unterstützung der Reformprozesse in Mittel- und Osteuropa
- die verantwortungsvolle Mitwirkung in den VN und Bemühung um den ständigen Sitz im Sicherheitsrat
- die Partnerschaft mit den Entwicklungsländern
- die Sicherung des Standorts Deutschland.¹⁷

Die BRD erhält auch Sonderverhältnisse mit Frankreich und Großbritannien einschließlich halbjährliche Gipfelbegegnungen.

Die Staaten Mittel- und Osteuropas, Russland sowie die Nachfolgestaaten der ehemaligen UdSSR benötigen beim Aufbau von Demokratie und Marktwirtschaft Rat und Hilfe. Deutsche Vertreter begriffen bald, wie günstig Investitionen in diesen Ländern sein würden. Die deutschen Leistungen beliefen sich von Ende 1989 bis 1996 auf 56,5 Milliarden DM für Mittel- und Osteuropa und 125,7 Milliarden DM für Russland und Nachfolgestaaten der ehemaligen UdSSR. Deutschland hat damit rund ein Drittel der gesamten Unterstützungsleistungen aufgebracht.

¹⁷ <http://www.tatsachen-ueber-deutschland.de/de/aussenpolitik/main-content-05/deutschland-partner-in-der-welt.html>.

3. MITGLIEDSCHAFT DEUTSCHLANDS IN INTERNATIONALEN ORGANISATIONEN

3.1. MITGLIEDSCHAFT DEUTSCHLANDS IN DEN VEREINTEN NATIONEN

Nach dem Zweiten Weltkrieg herrschte Angst, dass es Mal auch zu einem weiteren Konflikt kommen könnte. Am 26. Juni 1945 unterzeichneten 50 Staaten (ausschließlich Deutschland) die VN-Charta in San Francisco, damit man weitere mögliche Konflikte verhindern kann.¹⁸

Die jeztigen VN sind eine transnationale Organisation, in der 192 Staaten Mitglieder sind und die sich durch andere Institutionen und Ausschüsse bemüht, Weltprobleme zu lösen.

3.1.1. Der Weg der beiden deutschen Staaten in die VN

DER WEG DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND IN DIE VN

Die westorientierte Politik des BRD-Bundeskanzlers Konrad Adenauer brachte schon ein Jahrzehnt nach dem Kriegsende ihre Erfolge. Die BRD wurde schnell Mitglied der WEU (1954) und der NATO (1955).¹⁹ Die Mitgliedschaft in den VN schien aber noch weit entfernt. Und das aus zwei Gründen:

Erstens waren es rechtliche Schwierigkeiten wegen Deutschlands Geschichte als ehemaliger Feindstaat. Es ging aber nicht nur um das Recht. Der Zweite Weltkrieg stellte das größte Böse dar, das man in der menschlichen Geschichte je erlebte. Und Deutschland wurde allgemein als Hauptschuldner des 6-jahrelangen Massenmordens bezeichnet. Deshalb war es unvorstellbar, Deutschland in eine solche Organisation aufzunehmen. Warum wurden jedoch Japan und Italien - auch Schuldige des Leidens des Zweiten Weltkrieges - schon im Jahre 1955 bzw. 1956 in die VN aufgenommen?²⁰

Zweitens wurde Deutschland in zwei Staaten geteilt - in die westorientierte BRD und in die kommunistische DDR. Als die ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates der VN (die Sowjetunion, die USA, Großbritannien, China und

¹⁸ Krieger, J. a kol. *Oxfordský slovník světové politiky*. Ottovo nakl. Praha 2000, S. 594.

¹⁹ Moldowa, T. *Státy světa*. Fragment 2002, S. 255.

²⁰ Moldowa, T. (2002), S. 147, 156.

Frankreich) für die Aufnahme der BRD stimmten, nutzte die Sowjetunion ihr Veto-Recht und stoppte die Aufnahmeverbereitungen der BRD. Die Sowjetunion forderte Aufnahme der BRD nur in Kombination mit Aufnahme der DDR.²¹

Da der Weg in die Hauptorganisation versperrt war, versuchte die BRD in Sonderorganisationen Mitglied zu werden. 1950 wurde die BRD in die Welternährungsorganisation (FAO), 1951 in die Internationale Arbeitsorganisation (ILO), die Weltgesundheitsorganisation (WHO) und die UNESCO aufgenommen. Im Jahr 1952 erlangte sie in New York eine ständige Beobachterfunktion. Im gleichen Jahr trat sie dem Kinderhilfswerk (UNICEF) und der Flüchtlingsorganisation (UNHCR) bei und war seit Beginn der 60er Jahre bei allen wichtigen Konferenzen. Als Nicht-Mitglied leistete die BRD keinen ordentlichen Beitrag zum Haushalt, finanzierte aber Sonderorganisationen und -programme. Zwischen 1960 und 1966 erhöhte sich zum Beispiel der Beitrag für das Entwicklungsprogramm von 7 auf 35 Millionen DM.²²

DER WEG DER DEUTSCHE DEMOKRATISCHE REPUBLIK IN DIE VN

Der Kalte Krieg, in dem die Veto-Mächte, die USA und die Sowjetunion, gegenüberstanden, blockierte nicht nur Entscheidungstreffen des Sicherheitsrates. Die BRD hatte mit der Hallstein-Doktrin (laut dieser Doktrine wurde die DDR nicht als Staat anerkannt) einen Alleinvertretungsanspruch erhoben. So blieb der DDR der Zugang zu Sonderorganisationen verwehrt, sie nahm an keiner VN-Konferenz teil und erreichte keinen Beobachterstatus. Am 28. Februar 1966 reichte die DDR einen Aufnahmeantrag in die VN ein.²³ Das Gesuch scheiterte am Alleinvertretungsanspruch der BRD und den drei Westmächten im Sicherheitsrat. Erst nach Abschluss des Grundlagenvertrags 1972 endete die Blockade. Die DDR wurde 1972 Mitglied der UNESCO, konnte einen Beobachter entsenden und den VN-Konventionen beitreten.²⁴

²¹ <http://de.wikipedia.org/wiki/Vereinte_Nationen>

²² <http://de.wikipedia.org/wiki/Vereinte_Nationen>

²³ <<http://www.dhm.de/lemo/html/1966/index.html>>

²⁴ <<http://www.dhm.de/lemo/html/1972/index.html>>

3.1.2. Die Mitgliedschaft der beiden deutschen Staaten in den VN

Ende der 60er Jahre kam es zur leichten Entspannung in den Ost-West-Verhältnissen. In der BRD herrschte (seit 1969) der Bundeskanzler Willy Brandt mit einer sozialliberalen Koalition. Gerade er leitete die Ost-Politik ein. Auch an der Spitze der Generalversammlung kam es zum Wechsel des Generalsekretärs. 1972 wurde zum neuen Generalsekretär der Österreicher Kurt Waldheim gewählt, der nicht nur westlich orientiert war.²⁵ Die VN-Mitgliedschaft für die beiden deutschen Staaten näherte sich an.

Der Beitritt der beiden deutschen Staaten musste durch mehrere Schritte durchgeführt werden. Nachdem die DDR und die BRD die Aufnahme des jeweils anderen Staates in die VN akzeptiert hatten, mussten die vier Mächte des Sicherheitsrates dazu zustimmen. Dann unterzeichneten beide Staaten einen Grundlagenvertrag, in dem sie sich zur engeren Zusammenarbeit und guten Beziehungen verpflichteten und sie die Grenze anerkennen.

Im Juni 1973 beantragten die beiden Länder Mitgliedschaft in den VN und am 18. September wurden die BRD und die DDR als 133. und 134. Vollmitglied in die VN aufgenommen.²⁶

28 Jahre nach Gründung der VN wurden beide deutschen Staaten VN-Mitglied. Es war auch 28 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Für die beiden Staaten war das ein historisches Ereignis, das die Beziehungen zwischen ihnen verbesserte und eine bedeutende Wende einleitete.

²⁵ Pečenka, M. a kol. *Encyklopedie moderní historie*. Nakl. Libri. Praha 1999, S. 352.

²⁶ Kubálek, D., Müllerová, H a kol. *Kronika 20. století*. Nakl. Fortuna Print, 1999, S. 1062-1073.

3.1.3. Die Rolle der beiden deutschen Staaten in den VN

DIE ROLLE DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND IN DEN VN (1973 - 1990)

Die BRD nahm an vielen „peace-keeping operations“ der VN teil, unterstützte diese Aktivitäten sowohl finanziell als auch logistisch. Deshalb kam sie manchmal in den Konflikt mit der NATO-Politik. Die BRD gab großzügige Unterstützung dem internationalen Entwicklungsfond und auch für die umweltschönenden Programme.²⁷

DIE ROLLE DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHE REPUBLIK IN DEN VN (1973 - 1990)

Die DDR setzte sich sehr stark für die nukleare Abrüstung und Verhütung von Atomkriegen. In „peace keeping operations“ zeigte sie nur geringe Aktivität aus. Die DDR war auch ein großer Kolonialismuskritiker. Sie unterstützte vor allem „sozialistische“ Dritt-Welt-Länder wie Angola, Mosambik und Laos und führte keine Umweltpolitik. Was das Abstimmungsverhalten betraf, machte sie fast keine Abweichungen zur Sowjetunion.²⁸

²⁷ Kubálek, D., Müllerová, H a kol. Kronika 20. století. Nakl. Fortuna Print, Praha 1999, S. 1150-1250.

²⁸ Kubálek, D., Müllerová, H a kol. Kronika 20. století. Nakl. Fortuna Print, Praha 1999, S. 1150-1250.

3.1.4. Die wiedervereinigte Bundesrepublik in den VN seit 1990

Deutschland ist das wirtschaftlich stärkste Land Europas in den VN. Daraus resultiert der große Einfluss in allen Organen und Besetzung von Posten. Gegenwärtig sind 24 Organisationen der VN auch mit Büros in Deutschland vertreten.²⁹

Nach der Wiedervereinigung nahm Deutschland an einigen Friedensmissionen teil (Kambodscha, Südafrika, Somalia, ehemaliges Jugoslawien, Kosovo und Mazedonien).

In den regulären Haushalt flossen im Jahr 2007 etwa 173 Mio. US Dollar, was etwa 8,5 % des VN-Haushalts entspricht. Die USA finanzierten 22 %, Japan 16,6 %, Großbritannien und Frankreich etwa 6 %. Derzeit beträgt der Beitrag der BRD zum System der VN jährlich insgesamt 900 Mio. US Dollar. Dies umfasst Pflicht-, als auch freiwillige Beiträge, Zahlungen an Sonderorganisationen und Finanzierungshilfen für die VN-Programme.³⁰

Das Hauptziel der deutschen Außenpolitik ist einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat zu erhalten. Der Sitz im Sicherheitsrat bedeutet nicht nur Einfluss und Macht, sondern auch große Verantwortung für die weltweite Friedensversicherung und Leistung von Potenzial und Ressourcen, die nicht nur finanziell sein müssen. Die Bedeutung von diesem Posten zeigt auch der Fakt, dass keiner der bisherigen 5 Mitglieder auf seinen Status verzichtete.

Auch wenn viele andere Staaten ihre Ansprüche anmelden (Brasilien, Indien etc.), hat Deutschland die größte Unterstützung von anderen Ländern wie Frankreich, Japan, Russland etc. Auch die USA unterstützen die deutschen Ansprüche, aber nur wenn es ihnen passte. Ein Beispiel dafür ist das Verhalten der US-Regierung während des Irak-Krieges. Nachdem Deutschland seine Hilfe verweigert hatte, setzten sich die USA nur noch für den japanischen, nicht mehr für den deutschen Sitz ein.

Trotzdem sind die Chancen auf Umstrukturierung sehr gering, weil die Vergrößerung des Sicherheitsrates seine Effektivität erniedrigte.

²⁹ <<http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Aussenpolitik/InternatOrgane/VereinteNationen/DundVN/VN-Bonn- D.html>>.

³⁰ <<http://auswaertigesamt.de/diplo/de/Aussenpolitik/VereinteNationen/StrukturVN/Finanzen/FinanzbeitragD.html>>.

Die BRD war vier Mal als nichtständiges Mitglied des Sicherheitsrates gewählt: 1977/78, 1987/88, 1995/96, 2003/04.³¹ Unter der Regierung Kohl legte Deutschland einen Vorschlag vor, laut dem drei neue ständige Sitze für Afrika, Asien und Lateinamerika, sowie zwei ständige Sitze für Deutschland und Japan geschaffen werden sollten. Der Plan scheiterte am Widerstand der USA, Russlands und Großbritanniens. Mindestens wurde die Gruppe G 4 gegründet - die Staaten, die sich um einen ständigen Sitz bewerben (Deutschland, Japan, Brasilien und Indien).³²

Eine der Schwächen deutscher VN-Politik beim Streben nach einem ständigen Sitz ist die kleine personelle Besetzung der Führungspositionen von den Deutschen. Das Auswärtige Amt nennt als Probleme zum einen den Startnachteil als Nichtgründungsmitglied und dass Deutsch keine Amtssprache der VN ist.

Wichtige Themen gegenwärtig und auch für die Zukunft sind Auslandseinsätze, Terrorbekämpfung und Entwicklungspolitik.

³¹ <<http://auswaertiges-amt.de/diplo/de/Aussenpolitik/VereinteNationen/StrukturVN/Organe/SR-Zusammensetzung.html>>.

³² Knapp, M. *Die Rolle Deutschlands in den Vereinten Nationen* [online]. 23. Mai 2007. <<http://www.bpb.de/publikationen/71V9P9.html>>.

3.2. MITGLIEDSCHAFT DEUTSCHLANDS IN DER EUROPÄISCHEN UNION

Zusammen mit Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg und den Niederlanden schuf die Bundesrepublik Deutschland 1952 zuerst die *Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl* (EGKS oder Montanunion) und gründete dann 1957 die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG).³³

EG und EU haben seit ihrer Gründung nicht nur als Wirtschafts- und Wohlstandsgemeinschaft, sondern auch als politische Kraft und demokratische Wertegemeinschaft eine große Ausstrahlung. Die Europäer schreiben ein neues Kapitel in ihrer gemeinsamen Geschichte. Sie bemühen sich, Konflikte auf ihrem Gebiet zu verhindern. Sie wollen keine bewaffneten Kämpfe um Macht und kein getrenntes Europa mehr sehen.

3.2.1. Das europäische Parlament

Es ist das größte multinationale Parlament der Welt. Die Europaabgeordneten werden von den Bürgern der EU direkt für fünf Jahre gewählt. Dem gegenwärtigen Parlament gehören 785 Abgeordnete aus allen 27 EU-Mitgliedstaaten an. Rund ein Drittel sind Frauen. Die Mitglieder des Europäischen Parlaments (MEP) richten sich nicht nach ihrer Nationalität, sondern nach ihrer Zugehörigkeit zu sieben Fraktionen. Die Partei mit den meisten Sitzen ist zur Zeit die Koalition der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) und der europäischen Demokraten (EVP-ED).³⁴ Aus dieser Fraktion kommt auch der gegenwärtige Präsident des Parlaments Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering.

Dieser 62-jährige Deutsche aus Niedersachsen wurde für sein langes und erfolgreiches politisches Leben mit zahlreichen Würdigungen ausgezeichnet, z.B. mit dem Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland, dem Großen Ehrenzeichen der Republik Österreich und mit dem Großkreuz des Gregorius Ordens. 2004 wurde er nach 25 Jahren im Europäischen Parlament zum Europaabgeordneten des Jahres gewählt.³⁵

³³ Cihelková,E. a kol. *Světová ekonomika*. Nakl. ETC. Praha 1997, S. 106.

³⁴ Piepenschneider, Melanie, Vertragsgrundlagen und Entscheidungsverfahren, in: Informationen zur politischen Bildung, 279/ 2006, S. 22-23.

³⁵ <http://www.europarl.de/parlament/abgeordnete/biografien/poettering_hansgert>.

Die Zahl der Abgeordneten aus jedem Land ist nicht gleich. Nach der Einwohnerzahl sind die meisten Abgeordneten aus Deutschland (99) und die wenigsten aus Malta (5).³⁶ Ein Abgeordneter aus Malta vertritt 76 000 Bürgerinnen und Bürger, ein Parlamentarier aus Deutschland 826 000 Bürgerinnen und Bürger.

Die Arbeitsorte des Europäischen Parlaments sind Brüssel, Luxemburg und Straßburg (in drei verschiedenen Ländern). Es ist auch interessant, dass man im Parlament 23 Amtssprachen sprechen kann.

Es stimmt der Benennung der Kommissionsmitglieder zu oder lehnt sie ab und kann einen Misstrauensantrag gegen die gesamte Kommission einbringen. Es hat auch Einfluss auf die Ausgaben der EU.³⁷ Das Parlament beschließt zusammen mit dem Rat der EU Gesetze, die für alle EU-Bürger gültig sind und die ihr tägliches Leben betreffen. Es setzt sich für die Wahrung der Menschenrechte und der Grundrechte ein. Es engagiert sich für den sozialen Ausgleich in Europa, für den Abbau der Arbeitslosigkeit, für das wirtschaftliche Wachstum in allen EU-Staaten. Das Europäische Parlament ist auch am Schutz der Umwelt und der Verbraucher interessiert.

Die letzte Parlamentswahl fand im Juni 2004 statt und die nächste Wahl wird im Jahre 2009 sein.³⁸

DAS PRÄSIDIUM

Dem Parlament gehört das Präsidium an, das für den Haushalt sowie für Personal- und Verwaltungsfragen zuständig ist. Mitglieder des Präsidiums sind neben dem Präsidenten 14 Vizepräsidenten und sechs Quästoren mit beratender Stimme. Derzeit arbeiten im Präsidium zwei deutsche Abgeordnete - Mechthild Rothe, Vizepräsidentin und Dr. Ingo Friedrich, Quästor.³⁹

³⁶ <<http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Europa/Allgemein/Institutionen/parlament.html>>.

³⁷ Piepenschneider, Melanie, Vertragsgrundlagen und Entscheidungsverfahren, in: Informationen zur politischen Bildung, 279/ 2006, S. 22-23.

³⁸ <<http://www.europarl.de/parlament/>>.

³⁹ <<http://www.europarl.de/parlament/>>.

3.2.2 Der Rat der EU

Der Rat ist das wichtigste Entscheidungsgremium der EU. Er vertritt die Mitgliedstaaten, und an seinen Tagungen nimmt je ein Minister aus den nationalen Regierungen der EU-Staaten teil.⁴⁰

Die Zusammensetzung der Ratstagungen hängt von den zu behandelnden Themen ab. Wenn zum Beispiel Umweltfragen auf der Tagesordnung stehen, nehmen die Umweltminister aus allen EU-Staaten an der Tagung teil, die dann als Rat „Umwelt“ bezeichnet wird.⁴¹

Alle im Rat vertretenen Minister sind verpflichtet, für ihre Regierungen zu handeln. Das bedeutet, dass die Unterschrift eines Ministers für die Unterschrift der gesamten nationalen Regierung steht.

Der Rat hat sechs zentrale Aufgaben:

Er verabschiedet europäische Rechtsvorschriften, sorgt für die Abstimmung der Grundzüge der Wirtschaftspolitik in den Mitgliedstaaten, schließt internationale Übereinkünfte zwischen der EU und anderen Staaten oder internationalen Organisationen ab, genehmigt den Haushaltsplan der EU, koordiniert die Zusammenarbeit der nationalen Gerichte und Polizeikräfte in Strafsachen und entwickelt die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU (GASP).⁴²

Bis viermal im Jahr treffen sich die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten mit dem Präsidenten der Europäischen Kommission als **Europäischer Rat** zusammen. Bei diesen Gipfeltreffen werden die Leitlinien der EU-Politik festgelegt und Fragen, die auf unterer Ebene (d.h. von den Ministern) nicht geregelt werden konnten, gelöst. Da die Verhandlungen des Europäischen Rates von großer Bedeutung sind, dauern sie häufig bis spät in die Nacht und stehen im Mittelpunkt der Medienberichterstattung.⁴³

⁴⁰ Cihelková,E. a kol. *Světová ekonomika*. Nakl. ETC. Praha 1997, S. 117.

⁴¹ Piepenschneider, Melanie, Vertragsgrundlagen und Entscheidungsverfahren, in: Informationen zur politischen Bildung, 279/ 2006, S. 24-25.

⁴² Piepenschneider, Melanie, Vertragsgrundlagen und Entscheidungsverfahren, in: Informationen zur politischen Bildung, 279/ 2006, S. 25.

⁴³ Cihelková,E. a kol. *Světová ekonomika*. Nakl. ETC. Praha 1997, S. 117.

DER VORSITZ IM RAT DER EU

Der Vorsitz im Rat wechselt alle sechs Monate. Das bedeutet, dass alle EU-Staaten abwechselnd jeweils sechs Monate lang den Vorsitz in allen Tagungen führen.⁴⁴ Wenn zum Beispiel eine Tagung des Umweltrates für das zweite Halbjahr 2006 angesetzt ist, wird sie vom finnischen Umweltminister geleitet, weil Finnland zu dieser Zeit dem Rat vorsitzt.

Beschlüsse im Rat werden per Abstimmung gefasst. Je größer die Einwohnerzahl eines Landes ist, desto mehr Stimmen hat es. Die meisten Stimmen haben Deutschland, Frankreich, Italien und Vereinigtes Königreich (29), die wenigsten Malta (3).⁴⁵ Trotzdem wird Malta auch ein halbes Jahr dem Rat vorsitzen.

Deutschland hatte Vorsitz im Rat der EU im ersten Halbjahr 2007 und bemühte sich um die Bewiligung der Verfassung der EU, den EU-Bürgern die Entscheidungsabläufe zu erklären und um die Gestaltung der Beziehungen zu den angrenzenden Staaten (vor allem zur Türkei). Das erste Ziel scheiterte an der Entscheidung von Frankreich und den Niederlanden, die die Verfassung durch Volksabstimmungen abgelehnt haben.⁴⁶ Die Gespräche mit Serbien wurden nach einjähriger Verhandlungspause wieder aufgenommen. Weiter hat die Union neue Kriterien für ihre Nachbarschaftspolitik entwickelt, die im Besonderen Nachbarländer in Osteuropa (Ukraine, Moldawien) auch ohne Vollmitgliedschaft an die EU binden soll. Im Nahostkonflikt bemühte sich die deutsche Ratspräsidentschaft erfolgreich um eine Wiedereinberufung des Nahostquartetts ohne jedoch konkrete Friedensergebnisse im Zusammenhang mit den Kämpfen im Libanon und den Palästinenser-Gebieten zu erreichen.⁴⁷

Deutschland übernimmt die nächste Ratspräsidentschaft erst im zweiten Halbjahr 2020.⁴⁸

⁴⁴ <<http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Europa/Allgemein/Institutionen/rat.html>>.

⁴⁵ Piepenschneider, Melanie, Vertragsgrundlagen und Entscheidungsverfahren, in: Informationen zur politischen Bildung, 279/ 2006, S. 65.

⁴⁶ Piepenschneider, Melanie, Vertragsgrundlagen und Entscheidungsverfahren, in: Informationen zur politischen Bildung, 279/ 2006, S. 66.

⁴⁷ <http://www.eu2007.de/de/News/Press_Releases/June/0627AABilanz.html>.

⁴⁸ <http://www.euoparl.de/europa/institutionen/rat_der_eu.html>.

3.2.3. Die europäische Kommission

Die Kommission ist von den nationalen Regierungen unabhängig. Sie vertritt die Interessen der gesamten EU. Die Kommission erarbeitet Vorschläge für neue europäische Rechtsvorschriften, verwaltet den Haushalt und ist für die praktische Umsetzung der EU-Maßnahmen verantwortlich.

Informell werden die ernannten Mitglieder der Kommission „Kommissare“ genannt.⁴⁹

Die Neubesetzung der Kommission erfolgt alle fünf Jahre innerhalb von sechs Monaten nach der Wahl des Europäischen Parlaments. Die Amtszeit der derzeitigen Kommission läuft bis zum 31. Oktober 2009. Ihr Präsident ist der Portugiese José Manuel Barroso. Der deutsche Kommissar, Günter Verheugen, ist für den Bereich Unternehmen und Industrie zuständig und ist zugleich einer der fünf Vizepräsidenten der Kommission.⁵⁰

Das Parlament kann der Kommission das Misstrauen aussprechen und sie so zum Rücktritt zwingen. Einzelne Kommissionsmitglieder müssen zurücktreten, wenn der Präsident sie dazu auffordert, und die anderen Kommissionsmitglieder dem zustimmen.⁵¹

Die Kommission hat ihren Sitz in Brüssel, aber sie verfügt auch über Büros in Luxemburg, über Vertretungen in allen EU-Staaten.⁵²

3.2.4. Die Wirtschaftsdaten

Mit ihren 27 Mitgliedstaaten (Stand 2008) und einer Bevölkerung von mehr als 480 Millionen Menschen ist die EU einer der größten Wirtschaftsräume der Welt. Die EU bildet einen Anteil von 20 % am Weltexport.⁵³

⁴⁹ Cihelková, E. a kol. *Světová ekonomika*. Nakl. ETC. Praha 1997, S. 118.

⁵⁰ <http://www.europarl.de/europa/institutionen/eu_kommission.html>.

⁵¹ <<http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Europa/Allgemein/Institutionen/kommission.html>>.

⁵² Piepenschneider, Melanie, Vertragsgrundlagen und Entscheidungsverfahren, in: Informationen zur politischen Bildung, 279/ 2006, S. 21

⁵³ <<http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Europa/Aussenpolitik/Aussenhandel.html>>.

3.2.5. Die gemeinsame Währung Euro

Bei einem Gipfeltreffen in Maastricht 1992 wurde der Fahrplan für die Einführung der gemeinsamen Währung Euro zum 1. Januar 2002 festgelegt. An diesem Tag wurde der Euro in alten EU-Staaten außer Dänemark, Schweden und Großbritannien als Bargeld eingeführt. Auch Slowenien hat den Euro ab dem 1. Januar 2007 eingeführt.⁵⁴

Sein Wert betrug 1,955830 DM. Für die Deutschen war es sehr schwer, sich von ihrer Deutschen Mark zu verabschieden. Sie war nicht nur ein Symbol des deutschen Wirtschaftswunders nach dem Zweiten Weltkrieg, sondern auch eine der stabilsten Währungen der Welt. Die Euro-Skeptiker argumentierten auch, dass die deutsche Wirtschaft leistungsfähiger als die Wirtschaft der ganzen Eurozone ist.⁵⁵ Was 62 Pfennige, 1,33 französische Franken und 152 italienische Liren kostete, kostete ab dem 1. Januar 2002 1 Euro. Der Euro wurde damit neben dem Dollar zu einer neuen globalen Währung.⁵⁶

Für die exportorientierten europäischen Volkswirtschaften, insbesondere für Deutschland, war die neue einheitliche europäische Währung ein großer Vorteil. Im europäischen Binnenmarkt entfielen Wechselkursrisiken, was den Unternehmen mehr Kalkulationssicherheit brachte. Auch Gründung der Gesellschaften wurde erleichtert und der Wahrungstausch entfiel.⁵⁷

⁵⁴ <http://europa.eu/pol/emu/overview_de.htm>.

⁵⁵ Pavlık, Petr, Stane se euro rovnocennm konkurentem americkho dolaru, in: Mezinarodn vztahy, 3/ 2003, S. 72.

⁵⁶ <<http://library.fes.de/fulltext/stabsabteilung/00051.htm#E9E1>>.

⁵⁷ <<http://library.fes.de/fulltext/stabsabteilung/00051.htm#E9E1>>.

3.3. MITGLIEDSCHAFT DEUTSCHLANDS IN DER WELTHANDELSORGANISATION

Die Welthandelsorganisation (engl. World Trade Organisation - WTO) wurde am 1. Januar 1995 gegründet. An diesem Tag trat das Abkommen vom 15. 4. 1994 aus Marrakesch (Marokko) in Kraft, mit dem die WTO eine Dachorganisation für die folgenden drei Handelsorganisationen wurde - GATT (das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen), GATS (das Allgemeine Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen) und TRIPS (ein Abkommen über das Streitschlichtungsverfahren, ein Abkommen über die Überprüfung der Handelspolitiken der Mitglieder sowie weitere sektorale Vereinbarungen).

Alle diese Organisationen, außer dem GATT, üben ihre Arbeit bis heute aus. Die WTO übernahm erweiterte Ziele und Struktur des GATTes und diese Organisation aus dem Jahre 1948 ging so zugrunde. Nach der sog. Uruguay-Runde wurden die WTO-Verträge überarbeitet, um den neuen Aufforderungen und Problemen standzuhalten.⁵⁸

3.3.1. Mitglieder

Die WTO hat zurzeit 151 Mitglieder, unter denen auch das selbstständige Zollgebiet Hongkong und alle 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft (EG) sind. Die EG ist Mitglied seit 1995 und ist durch die Kommission, genauer durch den Kommissar für den Außenhandel, vertreten.

Die Mitgliedstaaten der EG nehmen jedoch an den Verhandlungen auch mit eigenen Vertretern teil. Da die Mehrheitsentscheidungen innerhalb der EG für alle Mitgliedstaaten gilt, hat die EG 27 Stimmen in der WTO.

Andere internationale Organisationen (OECD, VN, IBRD) haben ein Beobachterstatus in verschiedenen Gremien.⁵⁹

Die Mitglieder der WTO sind aber nicht nur reiche Industrieländer sondern auch Entwicklungsländer und sogar auch die sog. *Least Developed Countries* („Am wenigsten entwickelte Länder“). Diese Staaten bilden oft innerhalb der WTO verschiedene informelle Zusammenschlüsse wie z. B. die AKP-Staaten

⁵⁸ <<http://de.wikipedia.org/wiki/Welthandelsorganisation>>.

⁵⁹ <<http://www.bpb.de/wissen/5K80XI,0,0,WTO.html>>.

(eine Koalition der Staaten Afrikas, der Karibik und des Pazifik) oder die G-20 (eine Koalition der wirtschaftlich stärksten Entwicklungsländer) um ihre Nachteile gegenüber den Industrieländern auszugleichen. Manche Länder sind beispielsweise nicht in der Lage, ihre Delegierten genügend zu bezahlen, um an allen Verhandlungen teilzunehmen.⁶⁰

Am 5. Februar 2008 wurden die Bedingungen für den Beitritt der Ukraine beschlossen, womit diese voraussichtlich das 152. Mitglied wird. Deutschland ist ein Gründungsmitglied.

⁶⁰ <<http://de.wikipedia.org/wiki/Welthandelsorganisation>>.

3.3.2. Die Struktur

DIE MINISTERKONFERENZ

Sie ist das höchste Organ der Wirtschafts- und Handelsminister, das mindestens alle zwei Jahre zusammentritt und ist für alle Aufgaben der WTO zuständig. Jedes Mitglied hält eine Stimme (die EG 27 Stimmen) und man entscheidet mit einfacher Mehrheit, bei manchen wichtigen Entscheidungen auch mit Drei-Viertel-Mehrheit oder Zwei-Drittel-Mehrheit.⁶¹ Die laufenden Geschäfte der Ministerkonferenz werden von drei Organen geregelt, dem Allgemeinen Rat, dem Streitschlichtungsgremium und dem Gremium für die Überprüfung der Handelspolitik.⁶²

DER ALLGEMEINE RAT

Er gilt als ständiges Gremium aller Mitglieder, an dem vor allem die Botschafter teilnehmen. Sie trifft sich zwischen den Tagungen der Ministerkonferenz in seinem Sitz in Genf. Der Rat trifft sich auch als zwei folgende Gremien.

Das Streitschlichtungsgremium

Seine Aufgabe ist, Handelsstreitigkeiten zwischen den Mitgliedstaaten zu lösen. Da die WTO sich mit sehr wichtigen Themen beschäftigt, kommt es sehr oft zu Streitigkeiten und deshalb ist dieses Gremium von großer Bedeutung. Die Entscheidungen sind bindend. Wenn eine Partei (ein Land) die WTO Regeln tatsächlich verletzt, kann dieses Gremium Sanktionen verhängen oder Entschädigung verlangen.⁶³

Das Gremium für die Überprüfung der Handelspolitik

Seine Aufgabe ist es, die Handelspolitiken der Mitgliedstaaten nach bestimmten Regeln zu überprüfen. Die Häufigkeit der Überprüfungen hängt vom Anteil der einzelnen Ländern am Welthandel.⁶⁴

⁶¹ <http://www.bmelv.de/DE/10-Internationales/Welthandel/WTO/_WTO_node.html>.

⁶² <<http://de.wikipedia.org/wiki/Welthandelsorganisation>>.

⁶³ <<http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Lexikon/EUGlossar/W/2005-11-16-welthandelsorganisation-wto-.html>>.

⁶⁴ <<http://de.wikipedia.org/wiki/Welthandelsorganisation>>.

Unter Leitung des Allgemeinen Rates sind auch diese Sonderräte tätig, die für ihren Bereich zusammen mit ihren untergeordneten Ausschüssen verantwortlich sind:

- Rat für den Handel mit Waren (GATT-Rat)
- Rat für Handel mit Dienstleistungen (GATS-Rat)
- Rat für handelsbezogene Aspekte der Rechte des geistigen Eigentums (Rat für TRIPS)⁶⁵

DAS SEKRETARIAT

Das Sekretariat hat derzeit 630 Mitarbeiter, die keine Entscheidungen treffen können. Sie führen die Beschlüsse der Ministerkonferenz und des Allgemeinen Rates durch und arbeiten die Berichte über die laufenden Geschäfte der WTO aus. Das Sekretariat gewährt die technische Unterstützung den Entwicklungsländern, ist für Kontakt mit Medien und Öffentlichkeit verantwortlich und analysiert die Entwicklung des Welthandels.

Dem Sekretariat vorsitzt ein Generaldirektor, zur Zeit der Franzose Pascal Lamy, der zuvor ein Handelskommissar der EU war.⁶⁶

⁶⁵ http://www.bmelv.de/DE/10-Internationales/Welthandel/WTO/_WTO_node.html.

⁶⁶ <http://www.inism.de/Lexikon/W/Welthandelsorganisation.html>.

3.3.3. Die Aufgaben und ihre Erfüllung

Die Aufgaben der WTO bestehen in drei Hauptprinzipien.

Mit dem Meistbegünstigungsprinzip bemüht sich die WTO darum, dass Handelsvorteile, die ein WTO-Mitgliedsland einem anderen Land gewährt, allen anderen WTO-Mitgliedsländern auch gewähren muss.

Das Prinzip der Inländerbehandlung garantiert, dass ausländische Waren und Dienstleistungen sowie deren Anbieter nicht schlechter behandelt dürfen als inländische.

Durch das Prinzip der Liberalisierung sollen Handelshemmnissen wie Zölle, bestimmten Kontingenten und bürokratischen Hürden beseitigt werden.⁶⁷

Zwischen den Jahren 1947 und 1993 wurden die durchschnittlichen Zolltarife auf Waren um mehr als 80 Prozent gesenkt. Die durchschnittlichen Zölle auf Industriegüter liegen in den USA, Japan und der Europäischen Union unter 5 Prozent.⁶⁸

Die WTO-Mitglieder erwirtschaften mehr als 90 % des Welthandelsvolumens. Wesentliche Nicht-Mitglieder sind Russland, Belarus, Serbien, Bosnien und Herzegowina, Montenegro und einige Staaten im Nahosten (Irak, Iran, Syrien, Lebanon) .⁶⁹

⁶⁷ <<http://de.wikipedia.org/wiki/Welthandelsorganisation>>.

⁶⁸ <<http://www.insm.de/Lexikon/W/Welthandelsorganisation.html>>.

⁶⁹ <http://www.wto.org/english/thewto_e/whatis_e/tif_e/org6_e.htm>.

3.4. MITGLIEDSCHAFT DEUTSCHLANDS IN DER OECD

Die OECD (Organisation for Economic Co-operation and Development) wird oft als Organisation der Industrieländer bezeichnet. (deut. OWZE - Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung)

Sie entstand schon am 16. April 1948 als OEEC (Organisation for European Economic Co-operation). 16 Staaten haben sich zum wirtschaftlichen Wiederaufbau und zur Zusammenarbeit verpflichtet. Ein Hauptziel war die Verwendung der Gelder aus dem Marshallplan.⁷⁰

Im September 1961 wurde die OEEC in die OECD überführt. Gründungsstaaten der OECD sind Belgien, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Irland, Island, Italien, Japan, Kanada, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Österreich, Portugal, Schweden, die Schweiz, Spanien, die Türkei, das Vereinigte Königreich und die Vereinigten Staaten.⁷¹

3.4.1. Die Ziele und die Arbeit

Ihre Ziele haben sich ein bisschen verändert. Ihre Arbeit soll zu zu einer optimalen Wirtschaftsentwicklung und einem steigenden Lebensstandard in ihren Mitgliedstaaten beizutragen, in ihren Mitgliedsländern und den Entwicklungsländern das Wirtschaftswachstum zu fördern, eine Ausweitung des Welthandels zu begünstigen.⁷² Die OECD ist auch durch ihre Arbeit im statistischen Bereich bekannt.

Ein wichtiger Bestandteil ist das Development Assistance Committee (DAC). Das DAC legt fest, welche Entwicklungshilfeleistungen als ODA (Official Development Assistance) und welche Länder als Entwicklungsländer anerkannt werden (DAC Liste 1).

3.4.2. Der Aufbau und das Entscheidungstreffen

Die OECD ist keine supranationale (überstaatliche) Organisation, sondern hat den Charakter einer permanent tagenden Konferenz. Die Organisation ist strikt intergouvernemental (zwischenstaatlich), ihre Beschlüsse sind bindend, in den Mitgliedstaaten können sie aber nicht unmittelbar angewendet werden.

⁷⁰ Krieger,J. a kol. *Oxfordský slovník světové politiky*. Ottovo nakl. Praha 2000, S. 589.

⁷¹ Pečenka,M. a kol. *Encyklopedie moderní historie*. Nakl. Libri. Praha 1999, S. 347.

⁷² Krieger,J. a kol. *Oxfordský slovník světové politiky*. Ottovo nakl. Praha 2000, S. 590.

An der Spitze des Entscheidungstreffens steht der Rat, der in relativ kurzen Abständen tagt, und in dem alle Mitglieder durch ihren ständigen Vertreter repräsentiert werden. Alle Entscheidungen und Empfehlungen müssen einstimmig angenommen werden, es besteht jedoch die Möglichkeit der Enthaltung. Die praktische Arbeit findet in Fachausschüssen und Arbeitsgruppen statt, in denen neben Regierungsvertretern auch unabhängige Experten vertreten werden.

Das Sekretariat versichert die organisatorische Leitung der OECD und ihm steht ein Generalsekretär vor, der für fünf Jahre gewählt wird. Er wird durch vier Vize-Generalsekretäre unterstützt. Darunter gibt es auch 11 fachliche Direktorate mit je einem Direktor an der Spitze.

Ihr Sitz ist in Paris.⁷³

3.4.3. Die Finanzierung

Im Jahr 2007 betrug das Budget der OECD 340 Mio. Euro und wurde entsprechend der Wirtschaftskraft der Mitgliedstaaten aufgeteilt.

Eines der Ziele der OECD besteht auch darin, dass alle Mitgliedstaaten die Entwicklungshilfegelder so festlegen, dass jeder Staat 0,7 % des BIP's für Entwicklungshilfe gibt. Jedoch ist dieses Ziel gescheitert; bis auf wenige Ausnahmen liegt der Durchschnitt bei ca. 0,3 % des BIP's (in der BRD 0,4%). Die USA tragen am wenigsten zur Entwicklungshilfe bei, mit 0,1 % des BIP's.⁷⁴

Seit dem 1. Juni 2006 ist José Ángel Gurría aus Mexiko der amtierende Generalsekretär.⁷⁵

⁷³ <<http://de.wikipedia.org/wiki/OECD>>.

⁷⁴ <<http://de.wikipedia.org/wiki/OECD>>.

⁷⁵ <http://www.oecd.org/pages/0,3417,en_36734052_36734103_1_1_1_1_1,00.html>.

3.5. MITGLIEDSCHAFT DEUTSCHLANDS IN DER G-8

Am Anfang wurde die G-6 (Gruppe der Sechs) im Jahre 1975 gegründet. Das war im Rahmen des Staats- und Regierungschefstreffens im Schloss Rambouillet in Frankreich, an dem die BRD (vertreten durch Bundeskanzler Helmut Schmidt), Frankreich, Italien, Japan, Großbritannien und die Vereinigten Staaten teilnahmen.

Die Gründe waren damals die Währungspolitik nach dem Zusammenbruch des Wechselkurssystems von Bretton Woods und die Reaktion auf die erste große Ölkrise. Außer diesen Themenbereichen wurden auch Gesundheits- und Bildungspolitik, Umwelt, Klimawandel und Terrorismus in den Debatten besprochen.⁷⁶

3.5.1. Die Mitglieder

Im Zeitwandel musste sich die G-6, dann die G-7 (mit Kanada 1976) und jetzt die G-8 (mit Russland 1998) den neuentstandenen Problemen anpassen und diese Probleme lösen.⁷⁷

Die Rolle von Russland ist noch nicht so eindeutig, weil es nur als „Teilnehmer“, nicht als „Mitglied“ bezeichnet wird. Als Russland den G-8-Vorsitz 2006 übernahm, wurde dies vor allem in den USA heftig kritisiert. Russland ist auch von finanz- und währungspolitischen Beratungen ausgeschlossen.⁷⁸

Um die Aufnahme in die Gruppe bemüht sich seit längerem Spanien. Laut der Weltbank ist sein Bruttonationaleinkommen (2005: 1.100 Mrd. US-Dollar) tatsächlich etwas höher als das von Kanada (2005: 1.052 Mrd. US-Dollar). Die Gruppe 9 existiert aber noch nicht. Die Aufnahme ist nämlich auch durch andere Faktoren bedingt.⁷⁹

Außerdem ist auch die Europäische Kommission vertreten.

⁷⁶ <<http://de.wikipedia.org/wiki/G8>>.

⁷⁷ Pečenka, M. a kol. *Encyklopedie moderní historie*. Nakl. Libri. Praha 1999, S. 163.

⁷⁸ <<http://www.g-8.de/Webs/G8/DE/Hintergrund/geschichtlicherUeberblick/geschichtlicher-ueberblick.html>>.

⁷⁹ <<http://www.g-8.de/Webs/G8/DE/Hintergrund/Wirtschaftskraft/wirtschaftskraft.html>>.

3.5.2. Die Arbeit der Gruppe

Jedes Mitglied hat den Vorsitz in der Gruppe für ein Jahr. Deutschland übernahm die G8-Präsidentschaft am 1.1.2007 (bis 31. 12. 2007).

Der sichtbarste Teil des G8-Prozesses sind die jährlichen Gipfeltreffen an denen die Staats- und Regierungschefs üblicherweise in der Jahresmitte teilnehmen und sich gegenseitig in persönlichen Gesprächen ihre Standpunkte mitteilen.

Neben den Gipfeltreffen gibt es regelmäßige Zusammensetzungen der Außenminister der G8, um außenpolitische Fragen zu besprechen. Ebenso treffen sich die Finanzminister, um Währungs- und Finanzfragen zu behandeln. Andere Fachminister treffen sich ebenfalls im G8-Kreis, beispielsweise die Umwelt- oder die Entwicklungsminister.

Die Themen der Gipfeltreffen und der Ministertreffen werden von hochrangigen Mitarbeitern der Staats- und Regierungschefs und der Minister vorbereitet. Diese Mitarbeiter werden als *Sherpas* und *Sous-Sherpas* genannt. Diese *Sherpas* treffen sich mehrmals im Jahr. Zum Beispiel der von der Bundeskanzlerin Merkel beauftragte deutsche *Sherpa* ist Dr. Bernd Pfaffenbach (er wurde *Sherpa* auch für den damaligen Bundeskanzler Gerhard Schröder), Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie. Er wird unterstützt von einem *Sous-Sherpa* für den Bereich globale Wirtschafts-, Umwelt- und Entwicklungsfragen (Auswärtiges Amt) und einem *Sous-Sherpa* für den Bereich Finanzpolitik (Bundesministerium der Finanzen), sowie vom Politischen Direktor des Auswärtigen Amtes für Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik.⁸⁰

⁸⁰ <<http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Aussenpolitik/InternatOrgane/G8/Uebersicht.html>>.

4. DEUTSCHLAND ALS „PEACE-MAKING" STAAT

4.1. Übersicht

Als der Irak 1991 in Kuwait einmarschierte, beteiligte sich die BRD nicht an der Intervention ihrer Bündnispartner, sondern zahlte eine Kompensation von über 17 Mrd. DM. Ein Einsatz der Bundeswehr im Ausland war unter der deutschen Bevölkerung nicht gern gesehen.⁸¹

Die ersten Einsätze der BRD in Somalia und Kambodscha wurden deshalb als „humanitäre Einsätze" deklariert, bei denen die BRD nur Sanitär und Logistik lieferte. Die BRD hat die Wahrung des Friedens in der Präambel des Grundgesetzes an erster Stelle genannt. In diesem Zusammenhang sind Artikel 26 GG (Verbot eines Angriffskrieges) und Artikel 87 GG (Streitkräfte nur zur Verteidigung) wichtig. Erst als das Bundesverfassungsgericht am 12. Juli 1994 erklärte, eine Beteiligung der Streitkräfte an VN-Missionen sei verfassungskonform, wenn ein Mandat des Sicherheitsrates vorliege und der Bundestag zustimme, war der Weg für einen Einsatz im Ausland frei.⁸²

Dennoch hat sich die BRD zwischen 1989 und 1993 mit knapp 3600 Soldaten an VN-Missionen beteiligt, so etwa beim Aufbau einer Luftbrücke zwischen Mombasa und Somalia oder bei der UNPROFOR-Mission im ehemaligen Jugoslawien.

Seitdem hat die BRD an über 20 Auslandseinsätzen teilgenommen. Deutsche Soldaten sind gegenwärtig in:

Afghanistan (ISAF),
Äthiopien und Eritrea (UNMEE),
im Libanon (UNIFIL),
am Horn von Afrika (OEF),
im Sudan (UNMIS),
in Kosovo (KFOR),
in Bosnien-Herzegowina (EUFOR),
und in Georgien (UNOMIG).⁸³

⁸¹ Knapp, M. *Die Rolle Deutschlands in den Vereinten Nationen* [online]. 23. Mai 2007, <<http://www.bpb.de/publikationen/71V9P9.html>>.

⁸² <http://www.unric.org/UN_Charter/5/>.

⁸³ <<http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Aussenpolitik/VereinteNationen/DundVN/VN-Friedensmissionen.html>>.

Insgesamt stellt die Bundeswehr 7700 Soldaten zur Verfügung, davon über 3000 in Afghanistan. Das Auswärtige Amt schätzt den Beitrag für die Friedensmissionen auf 430 Mio. US Dollar im Jahr 2007.⁸⁴ Zum Vergleich sind zur Zeit knapp 600 französische Soldaten an 11 VN-Missionen beteiligt, vor allem im Libanon und an der Elfenbeinküste⁸⁵.

Ein Mal waren deutsche Soldaten ohne ein VN-Mandat im Einsatz: Beim Luftkrieg der NATO gegen Serbien 1999. Hier gerieten Pflichten gegenüber den VN und der NATO in Konflikt.

⁸⁴ <<http://auswaertiges-amt.de/diplo/de/Aussenpolitik/VereinteNationen/StrukturVN/Finanzen/FinanzbeitragD.html>>.

⁸⁵ <http://www.diplomatie.gouv.fr/fr/actions-france_830/onu-organisations-internationales_1032/actions-participation-france-onu-dans-systeme-nations-unies_2553/operations-paix_8913.html>.

4.2. Die deutsche Humanitärhilfe

Die deutsche humanitäre Hilfe (zum Beispiel für die Kurden im Irak, für Somalia und für die Opfer des Krieges im ehemaligen Jugoslawien und die Flüchtlinge aus Ruanda) übersteigen 877 Millionen Euro. Die gesamten deutschen Leistungen für humanitäre Hilfe (Hilfsaktionen der Bundeswehr, Nahrungsmittelhilfe, Maßnahmen der privaten deutschen Hilfsorganisationen, Anteil an den Hilfsmaßnahmen der EU, VN und anderer internationaler Organisationen) erreichten ein Mehrfaches dieses Betrages.⁸⁶

Diese humanitäre Hilfe ist beidseitig aus zwei Gründen vorteilhaft. Erstens: Je leistungsfähiger die Wirtschaft eines Entwicklungslandes ist, desto attraktiver ist es als Partner für Handel und Investitionen. Zweitens: Die Verbesserung der Lebensbedingungen in den Entwicklungsländern schafft positive wirtschaftliche und soziale Zukunftsperspektiven für viele Menschen, die andernfalls gezwungen sein könnten, ihre Heimat zu verlassen. Entwicklungspolitik dient somit auch zu der Bekämpfung von Fluchtursachen und ist präventive Flüchtlingspolitik. Die Bundesregierung hat deshalb die fünf wichtigsten entwicklungsfördernden internen Rahmenbedingungen zu Kriterien für den Einsatz von Instrumenten und Mitteln der Entwicklungszusammenarbeit erhoben:

- die Beachtung der Menschenrechte
- die Beteiligung der Bevölkerung an politischen Entscheidungen
- die Gewährleistung von Rechtssicherheit
- die Schaffung einer Sozialen Marktwirtschaft
- die Entwicklungsorientierung des staatlichen Handels (dazu gehört auch die Reduzierung von überhöhten Rüstungsausgaben).⁸⁷

1961 wurde dafür ein spezielles Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) geschaffen (seit 1993 mit dem Zusatz „und Entwicklung“). Damit erhielt die Entwicklungszusammenarbeit weltweit erstmals Kabinettsrang.⁸⁸

Obwohl es so aussehen kann, bemühen sich die Deutschen die Geschichte nicht auszulöschen sondern sich aus der Geschichte zu belehren.

⁸⁶ <<http://www.bmz.de/de/zahlen/imDetail/index.html>>.

⁸⁷ <http://de.wikipedia.org/wiki/Au%C3%9Fenpolitik_der_Bundesrepublik_Deutschland#Wirtschaftliche_Bedeutung_der_deutschen_Au.C3.9Fenpolitik_zur_Schaffung_von_Arbeitspl.C3.A4tzen>.

⁸⁸ <<http://www.bmz.de/de/ministerium/geschichte/index.html>>.

Die BRD hat sich als Nichtkernwaffenstaat stets für Abrüstung und Rüstungskontrolle engagiert. Seit den 90er Jahren ist Deutschland außerdem in die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der EU eingebunden. Im Bundestag gibt es seit 1968 einen Unterausschuss zur Rüstungskontrolle.

Deutschland ist Mitglied aller wichtigen Kontrollverträge:

seit 1975 des Atomwaffensperrvertrags,

seit 1983 des Biologiewaffenübereinkommens,

seit 1993 des Chemiewaffenübereinkommens,

und seit 1998 des Nuklearen Testsstopvertrags.

Dem Atomsperrvertrag gehören außer Israel, Indien und Pakistan alle VN-Mitglieder an. Die BRD ist auch Mitglied der Genfer Abrüstungskonferenz.⁸⁹

⁸⁹ Pečenka, M. a kol. *Encyklopedie moderní historie*. Nakl. Libri. Praha 1999, S. 465.

4.3. Der deutsche Militäreinsatz im ehemaligen Jugoslawien

Noch Ende November 1994 äußerte sich Außenminister Kinkel zu deutschen Militäreinsätzen auf dem Balkan ablehnend: „[...] ich hätte große Sorge, wenn ausgerechnet im früheren Jugoslawien der erste deutsche Auslandseinsatz außerhalb des Bündnisgebietes stattfände.“⁹⁰

Knapp fünfzig Jahre nach der Bombardierung Belgrads durch Hitlers Wehrmacht standen deutsche Soldaten vorbereitet, wieder an den Grenzen zu Serbien einzutreten. Jetzt aber nicht als rücksichtlose Aggressoren, sondern als Friedenstruppen unter der Flagge der VN. Zur Veränderung des BVGs am 12. Juli 1994 (vorstehend) trug auch der Fakt bei, dass Deutschland auch am Ausbruch des Krieges einen gewissen Anteil hatte.

Am 16.12.91 beschlossen die EG-Außenminister auf einer Sondersitzung einen Gemeinsamen Standpunkt im Hinblick auf die Anerkennung jugoslawischer Republiken, der unter anderem einen besonderen Autonomie-Status für die Gebiete verlangte, in denen eine ethnische Minderheit überwog. Er sah das Recht auf den Bedürfnissen der Bevölkerung, angemessenes Erziehungswesen, eine Verwaltungsstruktur mit eigener Polizei und anderes vor.⁹¹

Die Bundesregierung stellte diese Kommission und die anderen EG-Staaten jedoch vor vollendete Tatsachen, als es Kroatien und Sloweinen, die am 25.6.1991 ihre Unabhängigkeit erklärten, bereits am 23. 2. 1992 anerkannte.

Die Bundesregierung kümmerte sich nicht um die nationalistischen Absichten des kroatischen Präsidenten Tudjman, der in den deutschen Medien oft als Vertreter des neuen, demokratischen Kroatiens dargestellt wurde. Ohne seine nationalistische Politik wäre es nämlich wahrscheinlich nicht zum Aufstand der Krajina-Serben gekommen, der ein Anlass für den Angriff Serbiens auf Kroatien war.

Tudjman wurde bewusst, wie wichtig die deutsche Zustimmung zur Unabhängigkeit Kroatiens ist und machte mehr oder weniger lächerliche Schritte. Er nannte zum Beispiel die neue Währung Kroatiens nach dem „Unabhängigen Staat Kroatien“ „Kuna“. Die kroatische Regierung hat auch den „Platz der Opfer

⁹⁰ Kubálek, D., Müllerová, H a kol. *Kronika 20. století*. Nakl. Fortuna Print, Praha 1999, S. 1368.

⁹¹ Glenny, M. *Balkán 1804-1999 nacionalismus, válka a velmoci*. Nakl. BB art. Praha 2003, S. 242.

des Faschismus“, einen der größten Plätze Zagrebs, „Platz der Großen Kroaten“ genannt.⁹²

Am 21. November 1995 wurde der Krieg durch die Unterzeichnung des Dayton-Vertrags beendet. Der Vertrag, der aus den Entwürfen von der „Kontaktgruppe“ (die Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritannien, Frankreich, Deutschland und Russland) ausging, beendete Kämpfe, die in vier Jahren 250 000 Opfer forderten.⁹³

Auch die gegenwärtigen deutschen Militäreinsätze in Afghanistan und im Irak wurden von der meisten deutschen Bevölkerung ablehnend empfangen. Die Absendung der Bundeswehr in den Irak kostete den ehemaligen Kanzler Schröder sein Sitz.

⁹² Glenny, M. (2003), S. 243.

⁹³ Both, N., Honig, J. W. *Srebrenica-zpráva o válečném zločinu*. Nakl. Mladá fronta, Praha 2001, S. 204.

5. SCHLUSS

Während des Schreibens dieser Arbeit war es sehr interessant zu beobachten, wie sich die BRD vom Ende des Zweiten Weltkrieges, über die Teilung in zwei Staaten zur gegenwärtigen Industriemacht entwickelte. Man könnte auch sagen zur Industrielandmacht, weil in vielen Bereichen der Wirtschaft Deutschland die Vereinigten Staaten von Amerika, China und Japan sogar übertrifft.

Das bestätigen auch die Auskünfte in dem ersten Kapitel. Deutschland ist nicht nur Spitzenreiter unter den tschechischen Außenhandelspartnern, sondern auch „Exportweltmeister“. Es ist nicht überraschend, dass der Exporthauptartikel Automobilen sind und dass die Automobilfirma Daimler an der Spitze der deutschen umsatzstärksten Firmen steht. Durch Vergleich der Wirtschaftsleistungen wie Import- oder Exportvolumen mit anderen Staaten, zeigt man einen großen Fortschritt, den Deutschland seit der Wiedervereinigung 1990 machte. Dazu trägt die Anlage Nr. 3 über Entwicklung des Exports in der Welt nach Regionen und ausgewählten Volkswirtschaften von 1948 bis 2006 bei. Auch die Politik änderte sich und Deutschland nutzte den Fall des Eisernen Vorhangs, um in die neu geöffneten Märkte in Osteuropa zu investieren.

Die Vereinten Nationen sind die größte und mächtigste multinationale Organisation der Welt. Schon ein paar Jahre nach dem Weltkriegsende versuchten die beiden deutschen Staaten, ein VN-Mitglied zu werden. Es war aber noch ein langer Weg, der in dieser Arbeit kurz beschrieben wird. Man kann auch sehen, wie die Ziele der BRD und der DDR in den VN unterschiedlich waren, oder mit wie viel Geld Deutschland jährlich in die VN beiträgt.

Man kann überall viele Auskünfte über die Europäische Union finden, die aber oft veraltet sind. Diese Arbeit versuchte aber nur die aktuellsten Auskünfte zu bearbeiten, weil die EU sich ständig erweitert. Die wichtigen Angaben über die Zahl der Abgeordneten im Europäischen Parlament, über Erfolge und Misserfolge während der deutschen Ratspräsidentschaft und auch über die deutschen Politiker an bedeutenden Posten werden erwähnt. Da viele Menschen Angst vor der Euro-Einführung haben, findet man am Ende dieses Kapitels Meinungen der Euroskeptiken sowie Vorteile nach der Einführung.

Ganz neue Auskünfte erfuhr man über die WTO, die G-8 und die OECD. Diese Organisationen beschäftigen sich mit den aktuellsten Problemen weltweit

und deshalb müssen sie bereit sein, diese Probleme möglichst schnell zu lösen, was nicht immer erfolgreich endet.

Das Ziel dieses Kapitels war, dass jeder begreift, warum diese Bündnisse so wichtig sind und aus den Teilkenntnissen, die man davon schon hatte, ein fassbares Ganzes zu bilden. Dazu sollten Auskünfte über ihre Struktur, Finanzierung, Arbeit und Ziele beitragen. Da viele Menschen an der aktuellen Rolle und an Kompetenzen dieser Organisationen Zweifel haben, werden hier objektive Auskünfte über ihre Struktur, über das Entscheidungstreffen und über ihre Ziele vorgelegt, damit jeder Leser seine eigene Meinung darüber bilden kann. Die Rolle Deutschlands ist hier nicht so erkennbar.

Das letzte Kapitel über die deutschen Militäroperationen sollte den Lesern zeigen, warum das Thema für die Deutschen und auch für manche deutsche Politiker so kontrovers ist. Als Beispiel ist hier der erste deutsche Einsatz im ehemaligen Jugoslawien genannt. Das Kapitel beschäftigt sich auch mit der deutschen Humanitärhilfe, wie viel Geld Deutschland dafür ausgibt und es zeigt auch, wie lange schon die BRD die Humanitärhilfe bietet und welche Schritte sie machte, um den Wohlstand für Menschen weltweit zu sichern.

6. RESUMÉ

Tato bakalářská práce je rozčleněna na tři kapitoly. Po úvodních stránkách následuje první kapitola, kde je stručně popsána výkonnost německé ekonomiky, což je také jeden z vedlejších cílů této práce. Jsou zde uvedena fakta o německé infrastruktuře, která výrazně přispívá k dobrému výkonu ekonomiky. Činnost velkých námořních přístavů, mezinárodních letišť a velmi husté silniční sítě přispívá k rychlejšímu a pohodlnějšímu obchodu.

Další část této kapitoly je věnována údajům o německé ekonomice. Zabývá se informacemi o automobilovém průmyslu, který tvoří hlavní zdroj hrubého domácího produktu a je také hlavním vývozním artiklem země. Údaje o množství vyvezeného i dovozeného zboží jsou porovnávány se stejnými údaji jiných významných zemí. Zde je snahou uvést co možná nejaktuálnější stav. Zvláštní důraz je kladen na zahraniční obchod uvnitř Evropské unie.

Poslední část popisuje německou zahraniční politiku, její cíle a vztahy k jiným zemím. Celá tato kapitola má také sloužit jako podklad pro kapitoly následující.

Druhá kapitola obsahuje hlavní cíl práce, členství Německa v mezinárodních hospodářských a politických organizacích. Z těch politických je na prvním místě zmíněna Organizace spojených národů, která sdružuje naprostou většinu států světa, a jejíž činnost zasahuje do všech oblastí lidského života, co se týče zdraví, kultury, ochrany životního prostředí nebo udržení míru v té či oné zemi.

Tato část popisuje nejprve oddělenou cestu obou německých států do této organizace, která nebyla vůbec snadná a navíc byla poznamenána nejen mocenskými zájmy v době tzv. studené války, ale i společnou minulostí obou německých států. Po přijetí těchto dvou zemí do OSN zůstaly jejich cíle i úlohy v této organizaci z větší části odlišné. Zatímco se ze Spolkové republiky Německo stával samostatný západní stát s moderními myšlenkami, byla Německá demokratická republika pouze vazalským státem Sovětského svazu, který mu diktoval, jakou zahraniční politiku má vést. Pád železné opony a znovusjednocení Německa přispěl k tomu, že se Německo stalo velmi významným státem, který i dnes odvádí nemalé částky jak do rozpočtu, tak do různých fondů OSN, účastní se vojenských mírových operací a jeho cílem je získat své stálé místo v Radě bezpečnosti OSN.

Druhá část kapitoly se zabývá členstvím Německa v Evropské unii, která se stala politickým i hospodářským protipólem Spojených států amerických, a která nabývá stále většího významu. Je možné říci, že začátek 21. století je výrazně ovlivněn činností tohoto společenství, jehož členy je většina zemí na evropském kontinentu.

Protože se Evropská unie stále rozrůstá o nové a nové členy a její význam v dnešním světě je větší než kdykoli v její historii, soustředí se tato část zejména na současné dění v Evropské unii a na roli Německa v ní z hlediska jejích hlavních institucí, které rozhodují o směru, jakým se celé společenství bude ubírat i o tom, jaké zákony a nařízení budou v členských státech zavedeny.

V části o Evropském parlamentu je uvedeno, kolik v něm zasedá členů, kolik z nich je německých poslanců, hlavní politická uskupení, jeho úkoly a také údaje o prezidentovi EP, jímž je Němec Hans-Gert Pöttering. Další institucí je Rada Evropské unie, která je často nesprávně zaměňována s Evropskou radou. Rozdíly mezi těmito institucemi jsou zde také uvedeny. Kromě toho se tato část zabývá i německým předsednictvím v Radě EU, které proběhlo v první polovině loňského roku, a které za sebou nechalo rozporuplné výsledky. Poslední zmíněnou institucí je Evropská komise. Dále následuje několik ekonomických údajů o EU a v neposlední řadě také informace o zavedení společné evropské měny. Jak byla nová měna přijímána, názory euroskeptiků i konečné výsledky po jejím zavedení.

Třetí část kapitoly je věnována Světové hospodářské organizaci. Protože se tato organizace zabývá velmi důležitými tématy, je těžké určit, jakou roli přesně zde Německo sehrává. Mnohem více než v OSN nebo EU musí státy WTO držet při sobě a přijímat co možná nejvíce společná rozhodnutí, což je často nesplnitelným úkolem, a proto jsou také všechny konference WTO doprovázeny protesty namířenými proti ní.

Čtvrtá část nás seznamuje s Organizací pro hospodářskou spolupráci a rozvoj. Protože jsou cíle, práce a struktura této organizace velmi často méně známé než ty EU nebo OSN, jsou údaje o roli Německa v ní posunuty do pozadí. Jisté však je, že Německo je plnohodnotným členem, který se účastní všech vrcholných jednání, přijímá cíle celé organizace i za své a přispívá do společného rozpočtu.

Poslední část druhé kapitoly předkládá informace o skupině osmi hospodářsky nejvyspělejších zemí světa, jejímž členem je také pochopitelně Německo, a do

které není lehké se dostat. Dalo by se říci, že se jedná o skupinu sedmi vyvolených, mezi které je čas od času přijato Rusko. Vrcholná setkání této organizace jsou stejně jako konference WTO doprovázeny častými demonstracemi a protesty.

Třetí kapitola se zabývá německými vojenskými operacemi a humanitární pomocí. Zdůrazňuje především finanční formu pomoci a představuje německou humanitární politiku. Nejdiskutovanějším tématem jsou však německé vojenské operace. Ačkoliv již v roce 1990 měl být Bundeswehr nasazen v Iráku, ukázalo se, že německá veřejnost ani političtí představitelé nejsou na takovéto akce ještě připraveni. Zákon, který by umožňoval nasazení německého Bundeswehru ve vojenských operacích byl přijat až roku 1994 a hned tentýž rok se Bundeswehr pod vlajkou OSN účastnil války v bývalé Jugoslávii, a to i přes protesty mnoha německých obyvatel i politiků. Jaký podíl mělo Německo na vzniku i ukončení této války popisuje konec kapitoly. V současné době jsou vojáci Bundeswehru umístěni například v Afghánistánu nebo Iráku.

7. QUELLEN

Literatur:

- Both, N., Honig, J. W. *Srebrenica-zpráva o válečném zločinu*. Nakl. Mladá fronta, Praha 2001
- Cihelková, E. a kol. *Světová ekonomika*. Nakl. ETC, Praha 1997
- Glenny, M. *Balkán 1804-1999 nacionalismus, válka a velmoci*. Nakl. BB art, Praha 2003
- Knippert, U. und Kol. *Alexander Gesamtausgabe*. Perthes Verlag, Gotha 2004
- Krieger, J. a kol. *Oxfordský slovník světové politiky*. Ottovo nakl., Praha 2000
- Kubálek, D., Müllerová, H a kol. *Kronika 20. století*. Nakl. Fortuna Print, Praha 1999
- Moldowa, T. *Státy světa*. Nakl. Fragment, Praha 2002
- Pavlík, Petr, Stane se euro rovnocenným konkurentem amerického dolaru, in: *Mezinárodní vztahy*, 3/ 2003
- Pečenka, M. a kol. *Encyklopedie moderní historie*. Nakl. Libri, Praha 1999
- Piepenschnieder, Melanie, Vertragsgrundlagen und Entscheidungsverfahren, in: *Informationen zur politischen Bildung*, 279/ 2006

Internetseiten:

- <http://www.auswaertiges-amt.de>
- <http://www.bmelv.de>
- <http://www.bmwi.de>
- <http://www.bmz.de>
- <http://www.bpb.de>
- <http://www.bundesregierung.de>
- <http://www.cia.gov>
- <http://www.destatis.de>
- <http://www.deutschland.de>
- <http://www.dhm.de>
- <http://www.diplomatie.gouv.fr>
- <http://www.eu2007.de>
- <http://europa.eu>
- <http://www.europarl.de>
- <http://www.g-8.de>
- <http://library.fes.de>
- <http://www.insm.de>
- <http://www.kurzy.cz>
- <http://www.oecd.org>
- <http://www.tatsachen-ueber-deutschland.de>
- <http://www.unric.org>
- <http://de.wikipedia.org>
- <http://www.wirtschaftsdeutsch.com>
- <http://www.wto.org>

8. ANLAGEN

8.1. Die Anlage Nr.1

Die größten Industrie-Firmen in der BRD nach Umsatz 2006:

- 1.| Daimler | Automobil
- 2.| Allianz | Versicherung
- 3.| Volkswagen | Automobil
- 4.| Siemens | Elektro
- 5.| Deutsche Telekom | Telekommunikation
- 6.| Metro | Einzelhandel
- 7.| Deutsche Bank | Bank
- 8.| Münchener Rück | Versicherung
- 9.| RWE | Versorgung
- 10.| BMW | Automobil
- 11.| Deutsche Post | Dienstleistung
- 12.| Bayer. Hypo-Vereinsbank | Bank
- 13.| Eon | Versorgung
- 14.| Aldi | Handel
- 15.| Thyssen-Krupp | Maschinenbau
- 16.| BASF | Chemie
- 17.| Lidl | Handel
- 18.| Bayer | Chemie
- 19.| Audi | Automobil
- 20.| Commerzbank | Bank
- 21.| Tui | Freizeit und Touristik
- 22.| Celesio | Pharma
- 23.| Allianz Leben | Versicherung
- 24.| Lufthansa | Luftverkehr
- 25.| MAN | Maschinenbau
- 26.| Karstadt-Quelle | Einzelhandel
- 27.| Bahn AG | Transport
- 28.| Ergo Versicherung | Versicherung
- 29.| AMB Aachener & Münchener | Versicherung

- 30.| Eurohypo | Bank
- 31.| Hochtief | Bauwirtschaft
- 32.| Degussa | Chemie
- 33.| Continental | Reifen und Gummi
- 34.| Henkel | Haushaltsprodukte
- 35.| Bankgesellschaft Berlin | Bank
- 36.| Hannover Rück | Versicherung
- 37.| Linde | Chemie
- 38.| Energie Baden-Württemberg | Versorgung
- 39.| Axa Colonia Konzern | Versicherung
- 40.| MG Technologies | Maschinenbau
- 41.| Fresenius | Medizinische Versorgung
- 42.| Merck | Pharma
- 43.| SAP | Computer
- 44.| BHW Holding | Bank
- 45.| Depfa | Bank
- 46.| Spar | Einzelhandel
- 47.| RWE-Dea | Chemie
- 48.| HeidelbergCement | Baustoffe
- 49.| Adidas-Salomon | Bekleidung
- 50.| Wüstenrot & Württ. | Versicherung⁹⁴

⁹⁴ <http://www.wirtschaftsdeutsch.com/deutsche_wirtschaft_links/index.html#firmen>.

8.2. Die Anlage Nr.2

Deutschland ist auch in folgenden bedeutenden internationalen Organisationen tätig:

CERN (Conseil Européen pour la Recherche Nucléaire)

EBRD (European Bank for Restriction and Development)

EIB (European Investment Bank)

ESA (European Space Agency)

FAO (United Nations Food and Agricultural Organisation)

IAEA (International Atomic Energy Agency)

IBRD (International Bank for Reconstruction and Development)

ICAO (International Civil Aviation Organization)

ILO (International Labour Organisation)

IMF (International Monetary Fund)

Interpol

ISO (International Organization for Standardization)

ITSO (International Telecommunication Satellite Organization)

ITU (International Telecommunication Union)

NATO (North Atlantic Treaty Organization)

WHO (World Health Organisation)⁹⁵

⁹⁵ <<http://www.cia.gov>>.

8.3. Anlage Nr. 3

Anteil am Weltexport nach Regionen und ausgewählten Volkswirtschaften:

Table I.6

World merchandise exports by region and selected economy, 1948, 1953, 1963, 1973, 1983, 1993, 2003 and 2006

(Billion dollars and percentage)

	1948	1953	1963	1973	1983	1993	2003	2006
	Value							
World	59	84	157	579	1838	3675	7371	11783
	Share							
World	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
North America	28,1	24,8	19,9	17,3	16,8	18,0	15,8	14,2
United States	21,7	18,8	14,9	12,3	11,2	12,6	9,8	8,8
Canada	5,5	5,2	4,3	4,6	4,2	4,0	3,7	3,3
Mexico	0,9	0,7	0,6	0,4	1,4	1,4	2,2	2,1
South and Central America	11,3	9,7	6,4	4,3	4,4	3,0	3,0	3,6
Brazil	2,0	1,8	0,9	1,1	1,2	1,0	1,0	1,2
Argentina	2,8	1,3	0,9	0,6	0,4	0,4	0,4	0,4
Europe	35,1	39,4	47,8	50,9	43,5	45,4	45,9	42,1
Germany ^a	1,4	5,3	9,3	11,6	9,2	10,3	10,2	9,4
France	3,4	4,8	5,2	6,3	5,2	6,0	5,3	4,2
United Kingdom	11,3	9,0	7,8	5,1	5,0	4,9	4,1	3,8
Italy	1,8	1,8	3,2	3,8	4,0	4,6	4,1	3,5
Commonwealth of Independent States (CIS)	-	-	-	-	-	1,5	2,6	3,6
Africa	7,3	6,5	5,7	4,8	4,5	2,5	2,4	3,1
South Africa ^c	2,0	1,6	1,5	1,0	1,0	0,7	0,5	0,5
Middle East	2,0	2,7	3,2	4,1	6,8	3,5	4,1	5,5
Asia	14,0	13,4	12,5	14,9	19,1	26,1	26,2	27,8
China	0,9	1,2	1,3	1,0	1,2	2,5	5,9	8,2
Japan	0,4	1,5	3,5	6,4	8,0	9,9	6,4	5,5
India	2,2	1,3	1,0	0,5	0,5	0,6	0,8	1,0
Australia and New Zealand	3,7	3,2	2,4	2,1	1,4	1,5	1,2	1,2
Six East Asian traders	3,4	3,0	2,4	3,4	5,8	9,7	9,6	9,6
Memorandum item:								
EU ^d	-	-	27,5	38,6	30,4	36,1	42,4	38,5
USSR, former	2,2	3,5	4,6	3,7	5,0	-	-	-
GATT/WTO Members ^e	60,4	68,7	72,8	81,8	76,5	89,5	94,3	93,9

a Figures refer to the Fed. Rep. of Germany from 1948 through 1983.

b Figures are significantly affected by i) changes in the country composition of the region and major adjustment in trade conversion factors between 1983 and 1993; and ii) including the mutual trade flows of the Baltic States and the CIS between 1993 and 2003.

c Beginning with 1998, figures refer to South Africa only and no longer to the Southern African Customs Union.

d Figures refer to the EEC(6) in 1963, EC(9) in 1973, EC(10) in 1983, EU(12) in 1993, and EU(25) in 2003 and 2006.

e Membership as of the year stated.

Note: Between 1973 and 1983 and between 1993 and 2003 export shares were significantly influenced by oil price developments.

⁹⁶ <http://www.wto.org/english/res_e/statis_e/its2007_e/its07_world_trade_dev_e.htm>.

8.4. Die Anlage Nr.4

Die Entwicklung des Euro-Dollar Kurses von 1999 bis 2008.



97

⁹⁷ <http://www.kurzy.cz/kurzy-men/kurzy.asp?A=G&m1=EUR&m2=USD&T=0%2F&V=3&od=4.1.1993&do=21.4.2008>.